

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS †

Herausgegeben von Bundesminister Dr. Robert TILLMANNNS · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN · Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

3. Jahrgang, Nummer 10

- Postversandort Bonn -

Bonn, im Oktober 1955

I N H A L T

SIND WIR NOCH EVANGELISCH?	S. 1
ENTSPANNUNG?	S. 3
VON DER GLAUBENSFREIHEIT IN DER SOWJETUNION	S. 6
DAS SCHULBUCH IN DER SOWJETZONE	S. 10
SOZIALREFORM - UTOPIE ODER MÖGLICHKEIT?	S. 13
EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN	S. 15

SIND WIR NOCH EVANGELISCH?

von D. Dr. Hermann Ehlers †

Am 29. Oktober jährt sich zum ersten Male der Todestag von Bundestagspräsident Oberkirchenrat D. Dr. Hermann Ehlers. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, der dem Verstorbenen in besonderer Weise verbunden war, weiß sich einig mit dem ganzen deutschen Volk in treuem und dankbarem Gedenken an diesen aufrechten Politiker und Christen, der allzu früh aus seinem unermüdlichen Dienst an Volk und Vaterland gerissen wurde. Sein Wollen und Werk werden unter uns lebendig bleiben. In der Fülle dessen, was er sprach und schrieb, vermögen wir immer wieder Mahnung und Weisung für unser gegenwärtiges und zukünftiges Handeln zu finden.

Der nachstehende Aufsatz für das "Oldenburger Sonntagsblatt" war der letzte, den Hermann Ehlers wenige Tage vor seinem Tode schrieb. Hier wird sein entscheidendes Anliegen deutlich:

Es erscheint seltsam, daß gerade am Reformationsfest diese Frage gestellt wird. Mindestens an diesem Tage scheint es keinen Zweifel daran zu geben. Die Bilder, die in der Erinnerung der evangelischen Christen an diesem Tage auftauchen - der Thesenanschlag am Vorabend des Allerheiligentages an der Schloßkirche zu Wittenberg, der Mönch vor Kaiser und Reich in Worms, der die Bannbulle verbren-

nende Professor, der bibelübersetzende Junker Jörg auf der Wartburg, der Prediger in Wittenberg und der Dichter der Kernlieder der Reformation - prägen unser protestantisches Bewußtsein und bringen unmerklich die Verse zum Klingen: "Und wenn die Welt voll Teufel wär..., das Reich muß uns doch bleiben!"

Und dennoch hat die Frage ihr Recht. Dann nämlich, wenn wir das Reformationsfest in seinem vollen Gehalt verstehen. Wenn es uns einen Dienst tun soll, dann ja doch am allerwenigsten in der Darstellung eines Triumphes und im Blick auf andere. Einen Dienst tut es uns nur, wenn wir uns selbst und unsere Kirche in den Mittelpunkt gerückt sehen; dann allerdings eben nicht mit dem Unterton des Trotzes und des Selbstgefühls, sondern mit der Frage nach unserer evangelischen Substanz. Es ist in den letzten Jahren mit Recht immer wieder darauf hingewiesen worden, daß der Gebrauch des Wortes "Protestanten" zu einer gefährlichen Verengung evangelischen Bewußtseins geführt hat. Es hat seinen Ursprung in einem politischen Vorgang, dem Protest der evangelischen Stände gegen die Durchführung des Wormser Edikts auf dem zweiten Reichstag zu Speyer 1529. In diesem Zusammenhang ist es gerechtfertigt. Wenn es nun aber seit langer Zeit zur allgemeinen Bezeichnung der evangelischen Christen geworden ist und von ihnen selbst wie auch bewußt von ihren kirchlichen Gegnern gebraucht wird, bedeutet es eine gefährliche Verlagerung evangelischen Seins in das Negative, in die Abwehr. Und das darf nicht sein!

Es muß gerade beim Reformationsfest einmal gesagt werden, daß der Vorgang der lutherischen Reformation in Deutschland ein aus der damaligen Situation der Kirche notwendig herausgewachsenes Ereignis ist. Wir danken dem katholischen Theologen Joseph Lortz eine umfassende Schilderung des Reformationszeitalters. Er gibt eine offenerherzige Darstellung der damaligen kirchlichen Situation, die mit dem Satz schließt: "Die theologische Unklarheit war es, die das Einwurzeln offenbar häretischer Ansichten in katholischen Kreisen möglich machte; erst durch sie konnte die Reformation wachsen." Natürlich heißt das nicht, daß Lortz nun Luther und das Ergebnis der Reformation zu billigen vermag, aber er zeigt doch eine gesamtkirchliche Situation auf, die wir als die Grundlage der großen Erneuerungsbewegung der Kirche verstehen, die am 31. Oktober 1517 ihren Anfang nahm und die keineswegs auf die evangelischen Kirchen beschränkt geblieben ist.

Das Reformationsfest ist für die evangelische deutsche Christenheit die immer erneute Bestätigung dieses Vorgangs. Und es ist auch der Ausdruck des Bewußtseins der immer bleibenden Verantwortung für die Reinigung und für die Einheit der Kirche Christi überhaupt. Der Begriff des Protestantismus engt diese Verpflichtung ein, weil er von vornherein die psychologische Situation der Abwehr in sich schließt und manchmal sogar Minderwertigkeitskomplexen Vorschub leistet.

Luther ging es um eine Reformation der ganzen Kirche an Haupt und Gliedern. Und es könnte uns sehr heilsam sein, wenn wir das Reformationsfest dazu benutzten, uns immer wieder einmal zu überlegen, was Luther denn wohl heute zu unserem evangelischen Kirchentum sagen würde. Dazu müßten wir dann allerdings bereit sein, ihm nicht eine "Ein feste Burg..." singende Reformationsgemeinde vorzuführen, sondern den gewöhnlichen Gottesdienst in irgendeinem Dorfkirchlein oder einer Stadtkirche an einem beliebigen Sonntag in der Trinitatiszeit. Wir müßten uns dazu hergeben, unsere Häuser zu öffnen und mit ihm darüber zu reden, wie er sich den christlichen Hausvater vorgestellt hat. Wir müßten ihm Zutritt in unsere Stadt- und Gemeinderäte gewähren und ihn die Frage an die Bürgermeister und Ratsherren wiederholen lassen, wie es denn mit der Errichtung christlicher Schulen stehe. Bei all diesen Gesprächen würde sich eines ergeben: daß es mit dem Evangelischsein im eigentlichen Sinne bei uns gar nicht so festlich aussieht. Wir reden zwar gern von der Freiheit eines Christenmenschen; aber wenn die Auslegung der Freiheit so aussieht, daß 97 Prozent der evangelischen Christen nicht am Gottesdienst teilnehmen, dann scheint diese Freiheit in ihr Gegenteil verkehrt zu sein. Wenn man sich das alles überlegt, dann versteht man, warum wir und Generationen vor uns mit dem zweiten Vers des Lutherliedes: "Mit unsrer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren..." so wenig anzufangen wissen und warum das Lied: "Es wolle Gott uns gnädig sein und seinen Segen

geben..." mit dem so aktuellen Vers: "...daß du auf Erden Richter bist und läßt die Sünd nicht walten, dein Wort die Hut und Weide ist, die alles Volk erhalten, in rechter Bahn zu wallen" so gar nicht bekannt und volkstümlich ist.

Reformationsfest ist eine Frage an die Kirche nach ihrem inneren Leben. Es ist die Besinnung darauf, daß der 31. Oktober 1517 nicht der Beginn der christlichen Kirche ist, sondern daß dieser Tag und sein Geschehen nichts anderes bedeutet als den immer erneuten Hinweis, daß die Kirche nur dann lebt, wenn sie aus den Quellen des Wortes Gottes, den unverfälschten Quellen dieses Wortes, schöpft. Reformationsfest ist der Hinweis darauf, daß es nicht ausreicht, antirömisch zu sein. Luther hat seine Kampfschriften geschrieben von der "Babylonischen Gefangenschaft der Kirche", und wir können bei ihm nachlesen die "Artikel wider die ganze Satansschule und alle Pforten der Hölle". Aber das Gewicht seines Werkes liegt in den steten Mahnungen, das Wort zu hören und zu verstehen - darum legt er es in Schrift und Predigt unermüdlich aus -, und in den Ratschlägen zum Aufbau der Gemeinde und Kirche in allen ihren Lebensformen zu des "christlichen Standes Besserung".

Wer darum heute meint, als einzelner oder als Organisation den evangelischen Christen einreden zu können, ihre bedeutsamste Aufgabe sei die Abwehr des römischen Angriffs, redet an der Sache vorbei. Es hat in letzter Zeit Vorkommnisse gegeben, die wahrlich eine Besinnung erfordern und die auch Auseinandersetzung nötig machen. Jeder, dem die nicht überwundene Getrenntheit der Konfessionen im Glauben ständig bewußt ist, weiß das und wünscht es nicht zu verkleinern. Doch wir sollten auch bedenken, daß die Fruchtbarkeit jeder Auseinandersetzung und die Verteidigung evangelischen Glaubensgutes eine unabdingliche Voraussetzung hat - die nämlich, daß wir im lutherischen Sinne evangelische Christen im persönlichen Leben und in der Kirche sind. Wenn das fehlt, helfen uns die bombastischsten Kampfparolen nicht, so viele Menschen auch darauf reagieren mögen.

Reformationsfest stellt an jeden von uns ganz persönlich und vor unserem eigenen Gewissen die Frage: Bist du noch evangelisch? Wenn du das bejahen kannst, lösen sich alle anderen Fragen zwar nicht von allein, aber sie lösen sich leichter.

Wir verweisen den Leser an dieser Stelle besonders auf unsere Buchbesprechung auf Seite 15. Die Red.

ENTSPANNUNG?

von Dr. Robert Tillmanns

In den letzten Wochen findet man in der in- und ausländischen Presse kaum einen politischen Kommentar, in dem nicht von Entspannung die Rede ist. Man spricht geradezu von einer neuen Phase der Weltpolitik. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Monaten erstaunliche Dinge erlebt: Der seit Jahren verhandelte Staatsvertrag über Österreich, dessen Abschluß Herr Molotow noch auf der Berliner Konferenz 1954 bis zum Zeitpunkt nach einer Regelung der deutschen Frage zurückstellen wollte, kommt überraschend zustande. Die maßgebenden Männer der Sowjetunion fahren nach Belgrad und bemühen sich, mit dem abtrünnigen Kommunisten Tito, der jahrelang als schlimmer Diversant gebrandmarkt wurde, freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. In den seit langem fast aussichtslosen Abrüstungsgesprächen in den Vereinten Nationen macht die Sowjetunion plötzlich Vorschläge, die zumindest ein Entgegenkommen gegenüber den westlichen Auffassungen erkennen lassen. Der deutsche Bundeskanzler - jahrelang als gefährlicher

Kriegshetzer, Spalter und Reaktionär diffamiert - wird nach Moskau eingeladen und damit die Bundesrepublik anerkannt, die man bisher als rechtswidriges Gebilde bezeichnet hatte. Schließlich setzen sich die Großen Vier seit Jahren zum ersten Male wieder in Genf an den Verhandlungstisch; und wenn auch, abgesehen von der Festsetzung einer neuen Außenministerkonferenz, keine konkreten Vereinbarungen verzeichnet werden können, so sind sich doch alle darüber einig, daß man in einer Atmosphäre freundlicher Verständigungsbereitschaft miteinander gesprochen hat.

Wir erinnern uns, daß die Staatsmänner des Westens sich schon oft in den vergangenen Jahren um eine solche Entspannung bemüht haben. Eisenhower und Churchill haben dies im Frühjahr 1953 in eindeutiger Weise bekundet. Das Echo von der anderen Seite war gering. Erst als der Widerstand gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Frankreich der sowjetischen Politik neue Chancen zu eröffnen schien, kam es zu der Berliner Außenministerkonferenz. Es zeigte sich aber bald, daß es den Sowjets nur darum ging, das französische Verlangen nach Beilegung des Indochinakonflikts aufzugreifen in der Hoffnung, damit die EVG zu Fall zu bringen. Das ist nicht gelungen. In Gestalt der Pariser Verträge ist die europäische Verteidigung trotzdem verwirklicht und die gemeinsame Politik der Westmächte gefestigt worden. Die Antwort der Sowjetunion ist die neue "Entspannung".

Es ist gut, wenn wir uns in diesem Zusammenhang einige Grundtatsachen der politischen Entwicklung seit 1945 ins Gedächtnis zurückrufen:

In der letzten Phase des Krieges und nach Kriegsende war es das offenkundige Bestreben der Westmächte, insbesondere der USA, sich die Freundschaft der Sowjetunion, die ihr Verbündeter im Kriege gegen Hitler gewesen war, auch für den Frieden zu erhalten. Man glaubte, das durch Entgegenkommen zu erreichen, und ging darin in Teheran, Jalta und Potsdam sehr weit. Die Folge war aber nicht die Bereitschaft der Sowjetunion zu freundschaftlicher Zusammenarbeit, sondern das Gegenteil. In Deutschland, in Europa, in der gesamten Welt stellte sich die Sowjetunion gegen den Westen, gegen Amerika. Es begann die Periode des Kalten Krieges, verbunden mit unausgesetzter Aufrüstung auf seiten der Sowjetunion. Der Druck der sowjetischen Expansion wurde überall deutlich. Die Zusammenarbeit im Kontrollrat, der die gemeinsame Verwaltung Deutschlands sicherstellen sollte, zerbrach. Der Westen sah sich gezwungen, auf seine Sicherung bedacht zu sein. Westeuropa einschließlich Westdeutschlands wurde durch aktive Hilfe der Vereinigten Staaten in seiner wirtschaftlichen und politischen Existenz gesichert; und nach den Ereignissen in Griechenland, Berlin und Korea schloß sich der Westen im Nordatlantikpakt zu einem Verteidigungsbündnis zusammen, in das durch die Pariser Verträge auch die Bundesrepublik einbezogen wurde. Die sowjetische Politik hat ständig versucht, das Zustandekommen dieser westlichen Vereinigung zu verhindern. Sie unternahm alles, um mit Hilfe der kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern die Gegensätze zu schüren und die soziale Beruhigung zu vereiteln. Deutschland sollte durch die Parole: "Deutsche an einen Tisch" aus dem Bündnis der westlichen Welt herausgehalten werden. Und als es mit diesem Bündnis ernst wurde, bot die Sowjetunion im Frühjahr 1952 Friedensverhandlungen an und bekundete scheinbares Entgegenkommen, auch in der Frage der Wiedervereinigung. Gleichzeitig wurde die französische Besorgnis gegenüber einer deutschen Wiederbewaffnung mit allen Mitteln genährt. Man stellte die Bundesrepublik als ein von Nationalisten und Faschisten beherrschtes Staatswesen dar und benutzte hierfür u.a. auch Herrn John.

Das alles hat nichts genützt. Durch die Pariser Verträge ist die Einigung des Westens erreicht.

Wenn die Sowjetunion nun Verständigung und friedliche Koexistenz, also Entspannung proklamiert, dann ist doch wohl die wichtigste Frage die: Ist die Sowjetunion wirklich bereit, die Ursache der entstandenen Spannung, nämlich ihre Politik, die auf der These des unaufhaltsamen Fortschreitens der Weltrevolution beruht, zu revidieren? - Betrachtet man die Dinge nüchtern, findet sich kein Anhaltspunkt zur Bejahung dieser Frage. Im Gegenteil! In Moskau er-

klärte Herr Chruschtschew dem Bundeskanzler:

"Die Deutsche Demokratische Republik ist die Zukunft, und das ist nicht nur die Zukunft des deutschen Volkes allein."

In den Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetzone sagte man das gleiche noch deutlicher:

"Falls jemand glauben sollte, unser Lächeln bedeute, daß wir von den Lehren von Marx, Engels und Lenin abgerückt seien, so hat man sich grausam getäuscht." - "Wir haben Adenauer frei und offen gesagt, daß der von ihm gewählte Weg zum Grab des Kapitalismus führe. Der Weg hingegen, den die DDR gewählt hat, ist der Weg in die Zukunft." - "Der Stern des Kapitalismus wird langsam dunkel, der Stern des Sozialismus gerade sichtbar. Bald aber wird er mit dem Glanz von tausend Feuern leuchten."

Die sowjetische Überzeugung vom Weltsieg des Kommunismus ist unerschütterlich. Die eigentliche Ursache der Weltspannung wird also nicht beseitigt; und alle diejenigen, die bereit sind, die sowjetische These anzunehmen, daß die Pariser Verträge das Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands seien, sollten überlegen, ob das wahre Hindernis nicht etwas ganz anderes darstellt - nämlich diese Überzeugung der Sowjets, daß "der Stern des Sozialismus bald mit dem Glanz von tausend Feuern leuchten wird". Geändert hat sich die Taktik. Die Sowjets sagen sich offensichtlich, daß die Politik des Kalten Krieges den Westen entgegen ihrer Erwartung zusammengeschweißt hat. Dann werde vielleicht - so sagen sie sich zweifellos weiter - eine entgegengesetzte Politik, das Nachlassen des Druckes, die Bekundung von Friedensbereitschaft, die Einigkeit des Westens wieder zum Zerfall bringen; vielleicht würden sich die Spannungen der Westmächte untereinander wieder verstärken und eine Aufweichung des Willens zur Sicherung der gemeinsamen Freiheit herbeiführen, auch bei uns in Westdeutschland.

Ist diese Hoffnung der Sowjets so unbegründet? Gibt es nicht auch bei uns eine Reihe von Anzeichen, die diese ihre Hoffnung nähren? Wenn in solcher Lage die deutsche Opposition daran festhält, daß die Pariser Verträge aufgegeben werden müßten, wenn sogar der Führer einer Koalitionspartei in diesem Augenblick feststellt, daß er schon immer der Meinung gewesen sei, die Pariser Verträge hätten die Spaltung vertieft (warum hat er ihnen zugestimmt?) - müssen die Sowjets das nicht als Ermutigung empfinden? Sie glauben, warten zu können. Molotow hat zu Adenauer gesagt:

"Nicht nur den Sowjetmenschen, sondern auch sehr vielen Deutschen ist es vollkommen klar, daß die Beteiligung Westdeutschlands an den Militärgruppierungen sowie die Verwirklichung der Remilitarisierung Deutschlands nicht der Weg sind, der die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands fördern kann. Gestatten Sie mir, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß es nicht lange dauern wird, bis dies der Mehrheit des deutschen Volkes klar sein wird."

Sie warten also nur darauf, daß der von ihnen so eifrig betriebene Prozeß der "Aufweichung" Westdeutschlands wie des Westens überhaupt genügend Fortschritte macht. Der Berliner "Tag" schreibt dazu: "Die Sowjets können händereibend beobachten, wie die vom Westen verbindlich bezogene Position von deutschen Politikern, die außerhalb der Verantwortung stehen, und von bereits 'aufgeweichten' Publizisten, die von den Sowjets keine blasse Ahnung haben, offensichtlich mit der Bereitschaft diskutiert wird, sich aus ihr (natürlich 'im Einvernehmen mit dem Westen') sang- und klanglos wieder zurückzuziehen." Der "Tag" nennt es die schlechteste Politik, die überhaupt denkbar sei, wenn man im voraus in öffentlichen Versammlungen und Erklärungen die Bereitschaft zur Preisgabe einer Position erkennen lasse, auf die man in den diplomatischen Verhandlungen und erst dann angewiesen sei, wenn sie scheitern sollten. Dem kann man nur zustimmen - vor allem deshalb, weil ein solches Schwankendwerden der deutschen Politik nur die Wirkung haben würde, daß die Westmächte auch schwankend werden in ihrem Willen, die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Bedenken, die in der deutschen Öffentlichkeit - auch in den evangelischen Kirchen - immer wieder gegen die Politik der Bundesregierung laut geworden sind, einer ernsten Sorge um das Schicksal Deutschlands entspringen. Aber man hat bei diesen Bedenken immer nur einseitig darauf gesehen, daß die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung erlangt werden müsse. Das ist gewiß notwendig. Doch zur Wiedervereinigung brauchen wir auch das Ja des Westens, und wir brauchen die Sicherung unserer eigenen Freiheit. Es ist falsch, wenn Herr Ollenhauer behauptet: die Bundesregierung habe geglaubt, daß die Pariser Verträge die Sowjetunion dazu zwingen könnten, zur Wiedervereinigung ja zu sagen. Die Politik der Einigung des Westens hatte und hat nur das eine Ziel: den Sowjets zu zeigen, daß ihre Hoffnung auf ein Auseinanderfallen der westlichen Welt nicht in Erfüllung geht.

Daran müssen wir unter allen Umständen festhalten. Denn nur dann können wir erreichen, daß auch die Westmächte auf ihrer Forderung bestehen, daß es ohne Wiedervereinigung keine Sicherheitsabreden über Europa gibt. Auch die Bundesrepublik ist bereit, an solchen Vereinbarungen, die gegenseitige Sicherheit gewährleisten, mitzuwirken - jedoch nur unter einer Voraussetzung: daß unsere eigene Sicherheit im Verband der Westmächte nicht preisgegeben wird.

Die Sowjets wollen Entspannung, vielleicht auch aus triftigen Gründen, die mit großen wirtschaftlichen Aufgaben zusammenhängen, die sie in ihren eigenen Ländern zu erfüllen haben. Bisher sind sie aber nicht bereit, zur Erreichung dieser Entspannung auch Zugeständnisse in der deutschen Frage zu machen.

Auf der bevorstehenden Genfer Konferenz wird es darum gehen, ob dieses Entspannungsbedürfnis so groß ist, daß die Sowjetunion zu Zugeständnissen bereit ist. Niemand weiß, wie ihre Antwort sein wird. Aber es wäre ein großer Fehler, wenn man die bisherige Ablehnung aller Zugeständnisse für den endgültigen Standpunkt der sowjetischen Politik halten würde. Vielleicht wollen die Sowjets durch das auffallende Hervorheben ihrer Position in der "DDR" den Preis für ein etwaiges Nachgeben nur in die Höhe schrauben. Die westliche Welt und das deutsche Volk suchen gewiß Verständigung. Wir werden sie nur erzielen, wenn wir in den bevorstehenden Verhandlungen Zähigkeit, Geduld und feste Geschlossenheit zeigen. Wenn wir davon abgehen, erreichen wir die Wiedervereinigung nie.

VON DER GLAUBENSFREIHEIT IN DER SOWJETUNION

Zu diesem im kirchlichen wie politischen Bereich vieldiskutierten Thema entnehmen wir der "Neuen Zürcher Zeitung" Nr. 252 vom 13. September 1955 folgende Ausführungen:

Obwohl die Sowjetpresse die heftigsten Ausfälle gegen die Kirche macht, erklärt sie immer wieder feierlich, in Rußland herrsche **G l a u b e n s f r e i h e i t**. Im Leitartikel der Moskauer "Prawda" vom 24. Juli 1954 heißt es, daß nur die Sowjetverfassung wahre Freiheit der Religion sichere, im Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern, wo Religionsfreiheit nicht möglich sei. Die Religionsfreiheit bezeugen auch viele ausländische Gäste, die das Land in letzter Zeit auf Einladung der Regierung, von Behörden oder Organisationen besucht haben.

Wie es mit dieser Freiheit wirklich steht, verrät ein Blick in die **S t a a t s - u n d P a r t e i g e s e t z e**. Der bekannte Paragraph 124 der sogenannten Stalin-Verfassung lautet:

"Um den Bürgern Gewissensfreiheit zu sichern, ist die Kirche in der UdSSR vom Staat getrennt und die Schule von der Kirche. Freiheit der Ausübung der religiösen Kulte wie auch Freiheit für antireligiöse Werbetätigkeit ist für alle Bürger anerkannt."

Die Trennung von Kirche und Staat wird ungefähr so verstanden wie in anderen Ländern, wo sie ebenfalls vollzogen ist. Nur bleibt dabei zu bedenken, daß sie in der Sowjetunion plötzlich und ganz radikal vorgenommen wurde. Zudem folgte der Trennung auch die Enteignung der Kirchengüter. Die Kirche mischt sich nicht in die Staatspolitik ein, wie sich umgekehrt auch die Regierung nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche einschaltet. Der Staat verlangt von der Kirche nur eines: volle Loyalität gegenüber der Regierung. Dabei wird solche Loyalität von der Geistlichkeit noch in höherem Maße erwartet als vom Durchschnittsbürger.

Die Trennung der Schule von der Kirche wird so ausgelegt, daß in Staats- und Privatschulen jeglicher Religionsunterricht an Jugendliche unter 18 Jahren verboten ist. Privatunterricht ist erlaubt, jedoch nur an Gruppen von höchstens drei Personen. Verstöße gegen diese Ordnung werden mit Zwangsarbeit bis zu zwölf Monaten bestraft.

Es ist offensichtlich, daß die "Freiheit der Ausübung der religiösen Kulte" der Kirche lediglich die Durchführung von Gottesdiensten gestattet. Jede andere Tätigkeit, etwa Mission, Evangelisation, kulturelles Wirken usw., ist ausgeschlossen. Den Schlüssel zu diesem Verdikt bildet ein spezielles Gesetz. Paragraph 19 des "Gesetzes betreffs der Religion vom 8. April 1929" lautet:

"Das Arbeitsgebiet für Kulddiener, Prediger und Lehrer wird beschränkt auf das Gebiet des Wohnortes und auf den Ort, an dem sich ihr Gotteshaus befindet."

Diese Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Geistlichen nahm z.B. den evangelischen Gemeinden die Möglichkeit, zu missionieren und zu evangelisieren. Oder ein anderes Beispiel: Wenn ein orthodoxer Priester verhaftet wird, kann seine Gemeinde nicht vom Priester des Nachbarortes betreut werden, sie verwaist also.

Paragraph 17 des gleichen Gesetzes schränkt die Tätigkeit der Kirchen noch schärfer ein:

"Den Religionsgemeinschaften ist es untersagt, gegenseitige Unterstützungskassen sowie Wirtschafts- und Produktionsgenossenschaften zu errichten. Das ihnen zur Verfügung stehende Eigentum darf nur zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse verwendet werden. Ferner ist ihnen untersagt, ihren Mitgliedern finanzielle Unterstützung zu gewähren, besondere Zusammenkünfte für Kinder, Jugendliche oder Frauen zum Beten oder zu anderen Zwecken abzuhalten, allgemeine Versammlungen, Gruppen, Freundeskreise und Ämter zu organisieren, biblische, religiöse, schriftstellerische, handwerkliche, berufliche oder irgendwelche anderen Kurse abzuhalten, Ausflüge zu unternehmen, Kinderspielplätze zu bauen, Büchereien und Leseräume, Heilanstalten und ärztliche Hilfsstellen zu eröffnen. Ferner dürfen in den Kirchgebäuden nur solche Bücher aufbewahrt werden, die zur Abhaltung des Gottesdienstes erforderlich sind."

Nicht viele Christen in der Welt würden es hinnehmen, daß sich ihre religiöse Tätigkeit nur auf die Gottesdienste zu beschränken habe. Vollends würde niemand zu behaupten wagen, daß ein Gesetz wie das russische die Religionsfreiheit nicht einschränke. In der Sowjetunion erklären jedoch Regierungsbeamte und Kirchenfürsten: es bestehe volle Religionsfreiheit! Und sie tun es sogar dann, wenn die "Prawda" und mit ihr die gesamte kommunistische Presse und der Rundfunk fordern: der Kampf gegen die Religion müsse bis zur völligen Ausrottung des "religiösen Aberglaubens" fortgesetzt werden, wie das bis zum November 1954 der Fall war.

Wie ist es möglich, daß in Rußland trotz solcher Unterdrückung von Religionsfreiheit gesprochen wird? Hat man im Osten und im Westen etwa eine verschiedene Vorstellung vom Begriff der Freiheit? - Die Wurzeln liegen nicht nur darin. Zu der Behauptung, in Rußland herrsche Religionsfreiheit, trägt auch die durch die

kommunistische Gesetzgebung geschaffene äußere Lage bei. Das Sowjetgesetz stellt die Übertretung des Verbotes von Religionsunterricht (s.o.) unter strenge Strafe; aber dasselbe Gesetz schreibt auch sechs Monate Zwangsarbeit für die Störung des Gottesdienstes vor. Wenn der Sowjetbürger von Religionsfreiheit in seinem Lande spricht, so hat er das Bild jener Kirchen und Kapellen vor sich, die er im Vorbeigehen voll von Beteren sah. Schließlich ist er daran gewöhnt, zwischen erlaubten und unerlaubten Organisationen zu unterscheiden. Wenn er jetzt die Kirche legalisiert sieht, so denkt er ganz natürlich, sie sei vollkommen frei. Der Westeuropäer urteilt über Religionsfreiheit nach völlig anderen Kriterien und Erfahrungen als sie dem Sowjetmenschen vertraut sind.

Das Verhältnis der Regierung zur Kirche soll - so will es zumindest auf Grund der gegenwärtigen Gesetze scheinen - streng neutral sein. Um diese Neutralität aufrechtzuerhalten, wurde im Frühjahr 1944 beim "Rat der Volkskommissare der Sowjetunion" ein Ausschuß für Angelegenheiten der russisch-orthodoxen Kirche gebildet. Zu den Aufgaben des Rates gehört es, über die Erfüllung der Religionsgesetze sowohl von seiten des Staates wie der Kirche zu wachen. Ferner hat er die Interessen der Kirche vor der Regierung wahrzunehmen. Der Rat ist aber seiner Zusammensetzung nach ein reines Regierungsgesetzorgan, in dem weder die orthodoxe Kirche noch irgendeine andere Religion vertreten ist.

So scheint es zwar äußerlich, als ob die Sowjetgesetzgebung volle Neutralität und Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Religion sichere. Aber das ist eben nur Schein. Das Problem der Beziehungen zwischen Kirche und Staat ist verwickelter, als die Kirchenfürsten und Regierungsorgane nach außen zugeben. Um diese Beziehungen zu verstehen, muß man einen Blick auf das Verhältnis zwischen kommunistischer Partei und Regierung werfen und die Stellung der Partei gegenüber der Religion betrachten. Die KP ist die einzige und die regierende Partei in der Sowjetunion. Jeder Religion gegenüber ist sie feindlich eingestellt. Sie verfolgt sogar das Ziel, Religion an sich auszurotten. Hier liegt also das Paradoxon: die Regierung soll sich zur Religion neutral verhalten, aber die Regierung ist die Kommunistische Partei, die die Religion bekämpft. Die Verwerfung der Religion wird in Paragraph 13 des KP-Programms so ausgedrückt:

"Hinsichtlich der Religion begnügt sich die Kommunistische Partei nicht mit den schon durchgeführten Maßnahmen der Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche, d.h. mit den Programm-Maßnahmen der Bourgeoisiedemokratien, welche infolge der Verbindung des Finanzkapitals mit der religiösen Propaganda nirgends völlig realisiert werden können. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist von der Überzeugung geleitet, daß nur bewußte und vorsätzliche Planung der gesamten sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeit der Volksmassen den religiösen Aberglauben zum Absterben bringt. Die Partei kämpft für völlige Auflösung der Verbindungen zwischen den ausbeutenden Klassen und den Organisationen der religiösen Propaganda, erleichtert die wirkliche Befreiung der arbeitenden Massen vom religiösen Aberglauben und organisiert die breitesten Möglichkeiten der wissenschaftlich-erzieherischen und der antireligiösen Propaganda. Gleichzeitig muß man aber eine Verletzung der religiösen Gefühle der Gläubigen vorsichtig vermeiden, weil dies nur zur Stärkung des religiösen Fanatismus führt."

Die Mitglieder der Partei dürfen sich also zur Religion nicht neutral verhalten, sondern sie sind aufgerufen zum Kampf bis zur Ausrottung des Glaubens. Bemerkenswert ist in dem zitierten Paragraphen, daß die Partei nicht auf offene Unterdrückung oder Verfolgung der Religion ausgeht, da sie sich fürchtet, Märtyrer zu schaffen. Die Kommunisten sind ja selbst durch die eigenen Märtyrer unter der zaristischen Regierung stark geworden: Die für ihre Idee Verfolgten genossen große Sympathien im Volk und bildeten damit

politisches Kapital. Wohl haben die Kommunisten Geistliche massenweise verhaftet, aber nie klagten sie diese als Diener der Kirche oder ihres Glaubens wegen an. Sie wurden vielmehr stets politischer, d.h. antikommunistischer, oder staatsfeindlicher Tätigkeit beschuldigt. Wohl schlossen die Kommunisten die Kirchen und verwandelten sie in antireligiöse Museen, in Clubs und Depots, aber sie verstanden es, dies mit den Händen der Bevölkerung selbst zu tun.

Die Organisationen, die der Partei am nächsten stehen und durch welche sie ihr Programm hinsichtlich der Religion zu verwirklichen sucht, sind die Gewerkschaften und der Bund der kommunistischen Jugend (Komsomol), gar nicht zu sprechen vom Bund der militanten Atheisten, der zur Bekämpfung der Religion von der Partei ins Leben gerufen wurde. Die Gewerkschaften und der Komsomol wurden die "Schule des Kommunismus" genannt. Beide sind Massenorganisationen, mit denen die Partei, wie durch Kanäle, ihre antireligiöse Tätigkeit am besten ausführen kann.

In anderen Ländern bestehen die Gewerkschaften, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Nicht so in der Sowjetunion: Hier sind sie berufen, die Interessen des Staates zu verteidigen. Dazu gehört, daß die Gewerkschaften der Partei die Möglichkeit bieten, die Werktätigen im kommunistischen Geiste zu erziehen. Kommunistische Erziehung aber schließt bewußt die atheistische Erziehung ein, und zwar nicht nur zu einem neutralen, sondern zu dem militanten Atheismus, dem aktiven Kampf gegen jede Religion.

Der 16. Kongreß der KP vom Jahre 1930 gab den Gewerkschaften die Weisung, ihre antireligiöse Tätigkeit zu verstärken. Als Antwort auf diese Instruktion bildeten die Gewerkschaften in besonderen Seminaren antireligiöse "Missionare" aus, beschafften größere finanzielle Mittel für diesen Aufgabenbereich und bezogen Presse und Rundfunk in ihre Kampagne ein. Das damals visierte Ziel hat sich bis heute nicht verändert, nur die Taktik hat sich gewandelt. Es gibt keine direkten Aufrufe mehr, die Geistlichkeit anzugreifen und die Kirchen zu stürmen. An die Stelle der negativen Formulierung der gewerkschaftlichen Aufgaben ist die positive getreten: die kommunistische Erziehung, die Erweckung des Geistes der Gottlosigkeit.

In der Praxis heißt das, daß alle Arbeiter in den Kampf gegen die Religion hineingezogen werden, weil jeder Arbeiter Mitglied einer Gewerkschaft sein muß. Nicht weil der Arbeiter dies selbst wünschte, ist er aktiver Atheist, sondern weil er als Mitglied der Gewerkschaft hier zu verpflichtet ist. Umgekehrt gilt stillschweigend die Bedingung - die natürlich wieder die gesamte Arbeiterschaft betrifft -, daß ein gläubiger Arbeiter nicht Mitglied der Gewerkschaften werden darf. Auf diese Weise wird die Sowjetarbeiterschaft ohne Ausnahme im voraus und automatisch in die Kategorie der Atheisten eingereiht. Diese Politik gab seiner Zeit den Führern des Bundes der militanten Atheisten den Anlaß zu der Erklärung, daß mehr als drei Viertel der Arbeiterschaft mit der Religion gebrochen hätten.

Der Bund der kommunistischen Jugend nimmt zur Religion naturgemäß die gleiche Stellung ein wie die Gewerkschaften. Er zählt einige Millionen Mitglieder; neben den jungen Arbeitern sind insbesondere die Studenten nach ungeschriebenen Gesetzen zur Mitgliedschaft fast verpflichtet. Gläubige sind auch aus den Reihen des Komsomol von vornherein ausgeschlossen. Seine kämpferische antireligiöse Haltung wurde auf verschiedenen Kongressen eindeutig bekundet, obgleich sich hier ebenfalls seit 1954 die Taktik geändert hat.

Neben diesen beiden großen Organisationen verfügt die Partei über eine Unzahl von kleinen und nicht so einflußreichen Kreisen, mit deren Hilfe sie eine Verwirklichung ihres Programms anstrebt: wissenschaftliche, sportliche und wirtschaftliche Gruppen. Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang die Schule zu erwähnen. Auch und gerade sie ist verpflichtet, die Kinder in atheistisch-materialistischer Weltanschauung zu erziehen und auf diese Weise ihren Beitrag zum Absterben der Religion zu leisten.

Außerdem gibt es in der Sowjetunion noch eine Kategorie von Leuten, denen der Atheismus z w a n g s w e i s e a u f e r l e g t ist. Das sind alle, die mit W i s s e n s c h a f t u n d B i l d u n g zu tun haben. Die Partei erklärt, daß allein die Dogmen des Marxismus auf dem Boden der Wirklichkeit stünden, daß allein sie wahrhaftig und somit wissenschaftlich seien. Nur die KP bekenne sich zur wahren Wissenschaft. Alle Religion dagegen wird als un- bzw. antiwissenschaftlich bezeichnet. Folglich ist es ganz klar, daß die Partei von allen Gelehrten die Ablehnung der Religion verlangt, weil eben Religion und Wissenschaft als unvereinbar angesehen werden.

Merkwürdig erscheint nur auf den ersten Blick, daß es nicht heißt: die Gläubigen seien vom Zutritt zu Komsomol, Gewerkschaft und Wissenschaft ausgeschlossen, es könne also beispielsweise kein religiöser Mann Lehrer werden. - Die Partei denkt hier aus praktischen Gesichtspunkten anders: Wenn nämlich gesagt würde, daß den Gläubigen bestimmte Organisationen und Berufe versperrt wären, so würde dies zweifellos den Eindruck erwecken, die Religion wäre unterdrückt. Gerade das aber will die Partei vermeiden. Außerdem würde es sich dann eindeutig erweisen, welch hoher Prozentsatz der Landesbevölkerung sich zur Religion bekennt und darum aus vielen Stellungen in Wirtschaft und Kultur ausgeschlossen ist. Aus diesen beiden Gründen ist es verständlich, weshalb die Partei zur U m k e h - r u n g d e r n a t ü r l i c h e n D e n k w e i s e kam.

In Wirklichkeit ist es, wie gesagt, natürlich so, daß der bekennende Christ in der Sowjetunion keinen Zutritt zu einer höheren sozialen Stellung hat. Die Partei aber sieht sich dank ihrer Schlüsselstellung in der Lage, i h r e n W i l l e n d i k t a t o r i s c h d u r c h z u s e t z e n u n d d e n n o c h d e n E i n d r u c k z u e r w e c k e n , i n R u ß l a n d h e r r - s c h e G l a u b e n s f r e i h e i t wie in den demokratischen Ländern. In der Verfassung darf ruhig die Freiheit des religiösen Bekenntnisses verankert sein; die Partei ist sicher, daß diese Freiheit nie den von ihr zugemessenen Rahmen überschreiten wird. Anderenfalls ist es ihr ein leichtes, entsprechend der innen- oder außenpolitischen Lage den Hebel anzusetzen.

Es besteht nach allem, was hier ausgeführt wurde, wohl kein Zweifel, daß F r e i h e i t nach kommunistischem Verständnis mit dem westlichen Freiheitsbegriff n i e i n E i n k l a n g gebracht werden kann. Und nun könnte man noch von der unübersehbar gewordenen Zahl von verschleppten und ermordeten Gläubigen, Priestern und Bischöfen sprechen; doch sei darauf im Rahmen dieser theoretischen Erwägungen verzichtet.

Der letzte Beschluß des Z e n t r a l k o m i t e e s d e r K o m m u n i - s t i s c h e n P a r t e i vom 11. November 1954 über die in der atheistischen Propaganda gemachten Fehler gab manchen Kommentatoren in Westeuropa Anlaß zu einem gewissen O p t i m i s m u s . Die Wirklichkeit sieht anders aus! Jener Beschluß wandte sich gegen grobe Verletzungen des religiösen Gefühls der Gläubigen, wie solche im Verlauf der Kämpfe immer wieder vorkamen. E r ä n - d e r t a b e r n i c h t s a m g r u n d s ä t z l i c h e n P r o - g r a m m der Partei.

M.C.

DAS SCHULBUCH IN DER SOWJETZONE

Vor kurzem ist vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen eine kleine Schrift mit dem Titel: "D a s S c h u l b u c h i n d e r S o w j e t z o - n e - L e h r b ü c h e r i m D i e n s t t o t a l i t ä r e r P r o - p a g a n d a", zusammengestellt von Martin Diederich und Friedrich Blage, herausgegeben worden. Sie enthält einen Überblick über die in den sowjetzonalen

Schulen eingeführten Lehrbücher. Diese Zusammenstellung verdient zum gegenwärtigen Zeitpunkt besondere Beachtung.

In einer Regierungserklärung vor der "Volkskammer" hat der sowjetzonale Ministerpräsident Grotewohl am 12. August 1955 unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Machthaber der Sowjetzone zu einer Wiedervereinigung Deutschlands nur unter der Bedingung bereit sind, daß die kommunistischen "Errungenschaften" der Zone auch auf die Bundesrepublik übertragen werden.

Dieser von Grotewohl mit aller Deutlichkeit und Schärfe angemeldete kommunistische Herrschaftsanspruch auf Gesamtdeutschland wurde bald darauf erneut von einem maßgeblichen Funktionär des Sowjetzonenregimes erhoben. In einer Rundfunkansprache über das Thema: "Gedanken zum neuen Schuljahr" hat der Staatssekretär im sowjetzonalen Ministerium für Volksbildung, Laabs, am 31. August d.J. Ausführungen darüber gemacht, wie sich das Pankow-Regime die Erziehung der Jugend in einem wiedervereinigten Deutschland vorstellt. Nach einer Gegenüberstellung der sowjetzonalen Schule - die "den revolutionären Geist der deutschen Arbeiterklasse atmet" - und den Schulen in Westdeutschland - "in denen weiter zum Krieg und zur Revanche gehetzt wird" - erklärte Laabs: "Es ist klar, daß... die neue demokratische Schule unserer Republik mehr und mehr in den Mittelpunkt des gesamtdeutschen Interesses rückt. Sie wird zum Vorbild der kommenden fortschrittlichen Schule im wiedervereinigten Deutschland."

Daß die von Laabs als Vorbild gepriesene "demokratische Schule" die Aufgabe hat, die deutschen Jungen und Mädchen zu linientreuen Kommunisten zu erziehen, ist bekannt. Mit welcher Beharrlichkeit sie dieses Ziel verfolgt, wird deutlich, wenn man einen Blick in die Schulbücher wirft, die einheitlich für die gesamte Sowjetzone vom sogenannten volkseigenen Verlag "Volk und Wissen" nach den Richtlinien des Ministeriums für Volksbildung herausgegeben werden. Die Übersicht von Diederich und Blage gibt auch denjenigen in der Bundesrepublik, denen die Beschaffung der Lehrbücher selbst nicht möglich ist, einen guten Einblick in die Methoden, mit denen die sowjetzonale Schule die Jugend im kommunistischen Geiste zu erziehen versucht. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß sich die Gestaltung der Lehrbücher streng an den Lenin'schen Grundsatz der "bolschewistischen Parteilichkeit" hält, die jedes Bemühen um Objektivität verächtlich als "Objektivismus" ablehnt.

Die kommunistische Ideologie widersetzt sich konsequent der Anerkennung unpolitischer Lebensbereiche. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die Lehrbücher aller Fachgebiete, selbst solcher wie Grammatik, Mathematik und Naturwissenschaften, in den Dienst der politischen Propaganda gestellt werden. Die in der hier besprochenen Sammlung abgedruckten Textproben aus den verschiedenen Lehrbüchern geben ein anschauliches Bild davon.

Bemerkenswert ist, daß sich die Form der politischen Propaganda auch in den Lehrbüchern der jeweiligen politischen Situation anpaßt. Seit 1953 ist man - offenbar unter dem Eindruck der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung, die schließlich zur Volkserhebung vom 17. Juni 1953 führte - weithin zu verfeinerten und vielleicht gerade deshalb um so gefährlicheren Methoden übergegangen.

Bis Anfang 1954 wurden in der Sowjetzone als Lehrbücher für den Geschichtsunterricht der Oberstufe Übersetzungen von Geschichtsbüchern benutzt, die in der Sowjetunion seit längerem in Gebrauch sind. Zu ihrer Charakterisierung mögen einige Textproben dienen:

"Andererseits verändert die christliche Kirche (im spätrömischen Reich), seitdem sie auch aus wohlhabenderen Schichten Anhänger gewann, allmählich ihren Charakter. Jetzt war es für den Staat vorteilhafter, sie anzuerkennen und sich im Kampf gegen die Revolution auf sie zu stützen. Denn die Kirche rief die Massen nicht zum Klassenkampf auf, im Gegenteil sie predigte Ergebenheit und Unterordnung unter die Herren."

"Eine große Rolle bei der Stärkung der Macht des Königs spielte die Kirche. Als das Christentum, anfänglich die Religion der unterdrückten Massen, gesiegt hatte, wurde es zur Stütze des römischen Staates der Sklavenhalter. Die Kaiser und die Sklavenhalter wiederum halfen der Kirche, da sie die Sklaven und Kolonen Gehorsam gegen die Herren lehrte, Aufstände verurteilte und erklärte, die Herrscher seien von Gott selbst eingesetzt."

"Da die katholische Kirche aber erkannte, daß es nicht genüge, mit Terror allein eine Volksbewegung zu bekämpfen, suchte sie nach Wegen, das Volk an sich heranzuziehen. Mit diesem Ziele gründete sie den 'Bettelmönchorden' der Franziskaner, dessen Mitglieder das Gelübde der Armut ablegten... Die Armut war im übrigen nur zur Schau getragen. Sehr bald gelangten die Franziskanerklöster zu großen Ländereien und zu Reichtum; die äußere Armut war nur ein Deckmantel für die Franziskaner, damit sie besser das Vertrauen des Volkes erwerben konnten."

"Im Jahre 1553 ließ er (Calvin) den aus Spanien stammenden Gelehrten Michael Servet festnehmen, der die christliche Lehre von der Dreieinigkeit Gottes widerlegt hatte, übrigens eine der unsinnigsten Lehren des Christentums, nämlich: daß Gott zu gleicher Zeit aus drei Personen, Gottvater, Gottes Sohn und dem Heiligen Geist, bestehe."

Da man erkannte, daß man mit den z.T. sehr polemischen, ja, oft gehässigen Darstellungen der sowjetischen Lehrbücher nur das Gegenteil des angestrebten Erziehungszieles erreichte, entschloß man sich 1954 zur Herausgabe neuer Geschichtsbücher für die Oberstufe, die, von deutschen Autoren verfaßt, zwar sehr genau die kommunistische Generallinie einhalten, aber doch hier und da gemäßiger in der Formulierung sind. Einige besonders anstößige Stellen, z.B. in der Darstellung der Entstehung des Christentums und der Kirchengeschichte, wurden erheblich gemildert oder ganz weggelassen.

Daß aber, wie gesagt, auch die neuen Geschichtsbücher ganz im Sinne des historischen und dialektischen Materialismus geschrieben sind, sei beispielsweise an folgenden Textproben aus der Geschichte der Reformation gezeigt:

"Im zweiten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts entfaltete sich in Deutschland eine umfassende gesellschaftliche Bewegung, die sich gegen die stärkste Stütze der Feudalordnung, die katholische Kirche, richtete: die Reformation. Sie nahm mit dem Auftreten Martin Luthers (1483 - 1546) ihren Anfang."

"Luther war nach 1517 dank seinem mutigen, konsequenten Widerstand gegen das Papsttum und durch die Gewalt seiner volkstümlichen Sprache der nationale Herold des deutschen Volkes gegen Rom. Seine Reformation, die sich gegen die Ausbeuterin des deutschen Volkes, die feudale Kirche, richtete und zunächst von allen unzufriedenen Klassen und Schichten getragen wurde, leitete die erste große deutsche Revolution ein, die sowohl nationalen als auch antifeudalen, frühbürgerlichen Charakter besaß."

"Luther fiel der in Süd- und Mitteldeutschland vorwärtsdrängenden Volksbewegung mit seiner Schrift: 'Treue Vermahnung zu allen Christen, sich zu hüten vor Aufruhr und Empörung' in den Rücken. Im März 1522 verließ er die Wartburg, um mit Hilfe der kurfürstlichen und städtischen Behörden die Volksbewegung zu unterdrücken."

"Immer deutlicher spaltete sich die Reformationsbewegung nach 1521 in zwei Richtungen: Die Fürsten, der Adel und das reiche Bürgertum wollten sich im Gegensatz zu den Volksmassen mit einer Kirchenreform, der Trennung von Rom und der Enteignung des Kirchenbesitzes, begnügen. Martin Luther entschied sich für diese gemäßigte Reformation. Die Volksreformation dagegen fand ihren Führer in Thomas Münzer (um 1490 - 1525)."

"Münzers Ziel, durch den gemeinsamen revolutionären Kampf der Plebejer und Bauern die Ausbeutung zu beseitigen, zeigt sein großes Vertrauen in die Kraft der Massen. Er konnte jedoch nicht erkennen, daß der Entwicklungsstand der Produktivkräfte damals noch nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern vorerst die bürgerliche Gesellschaftsordnung erforderte. Aber seine utopische Zielsetzung schmälert keineswegs die überragende Bedeutung des kühnen, beredsamen, der Sache des Volkes tief ergebenen Thomas Münzer für die deutsche Revolution des 16. Jahrhunderts."

Heute, da mehr Gelegenheit zu Begegnungen mit der Jugend der Sowjetzone besteht als in den vergangenen Jahren, ist es für die Menschen in der Bundesrepublik notwendiger denn je, die Anschauungen zu kennen, die der deutschen Jugend jenseits des Eisernen Vorhangs Tag für Tag von den kommunistischen Erziehern als die einzig wahren Erkenntnisse moderner Wissenschaft hingestellt werden.

Nur die Kenntnis der Argumente des Gegners macht es möglich, ihnen entgegenzutreten. Aus diesem Grunde ist eine Beschäftigung mit dem Inhalt der sowjetzonalen Schulbücher dringend zu empfehlen.

Dr. Klaus Simon

SOZIALREFORM - UTOPIE ODER MÖGLICHKEIT?

Es dürfte nur wenige innenpolitische Themen geben, die die Öffentlichkeit so umfassend und nachhaltig beschäftigt haben und beschäftigen, wie das bei der Sozialreform der Fall ist. Je mehr über die Arbeit der verschiedenen Gremien, die für die Behandlung dieses Fragenkomplexes gebildet wurden, in die Öffentlichkeit dringt, desto stärker wird die Anteilnahme und desto heftiger die Diskussion. Leider bringt das nicht unbedingt eine größere Sachkenntnis mit sich. Wenn aber ein so unmittelbar die Lebensinteressen breiter Bevölkerungsschichten betreffendes Thema erörtert wird, sollte das vom Boden der Sachlichkeit aus geschehen. Viele Gedanken, die der Sozialreform gelten, gleichen utopischen Wünschen, indem man sich unter einer Reform lediglich eine Leistungsverbesserung in den einzelnen Zweigen der Sozialleistungen vorstellt. Es erscheint daher notwendig, zunächst eine allgemeine Vorbetrachtung anzustellen, was denn überhaupt unter der angestrebten Sozialreform verstanden werden muß.

Lange Zeit und von maßgebenden Stellen ist die Auffassung vertreten worden: bevor man einzelne materielle Regelungen auf dem Sozialgebiet angehe, müsse man so etwas wie ein allgemeines Gesetzbuch des Sozialrechtes schaffen, in dem die einzelnen sozialen Tatbestände zu umreißen und ihre systematische Gliederung vorzunehmen seien. Kein Zweifel, daß ein solches Gesetzeswerk einer langen, vermutlich sehr langen Vorbereitung und Erörterung bedürfen würde. Sehr wahrscheinlich auch, daß sich zwischen den verschiedenen Richtungen keine Einmütigkeit über bestimmte Grundlinien erreichen lassen würde und sich selbst dann, wenn eine derartige Kodifizierung gelingen sollte, daraus noch keinerlei Auswirkungen für die Leistungsempfänger in den verschiedenen Zweigen der sozialen Leistungen ergeben würden. Der dringende Ruf nach einer Reformierung der sozialen Verhältnisse geht ja aber gerade von der Feststellung aus: die Leistungen im Sozialwesen seien, gemessen an den heutigen Lebensumständen, nicht ausreichend. Wenn also auch das Ziel einer großen Reform des gesamten Sozialgefüges - und das bedeutet doch wohl die Festlegung richtungsweisender Sätze für eine neue gesellschaftliche Ordnung - nicht aus dem Auge verloren werden darf, so bedingt doch die Not von Millionen von Leistungsempfängern eine entscheidende Beschränkung in der Zielsetzung für die nächsten Maßnahmen. Mit anderen Worten: Es muß daran gegangen werden, an den Stellen, an denen das Reformbedürfnis besonders deutlich wird, Überlegungen anzustellen und Maßnahmen zu suchen und zu finden,

daß damit auch schon die Grundzüge einer umfassenden Sozialreform für die Zukunft deutlich werden.

Es geht mithin darum, die sozialen Leistungen in ihren Hauptzweigen auf ihren derzeitigen Stand hin zu untersuchen und zu prüfen, welche Möglichkeiten gegeben sind, hier Verbesserungen durchzuführen. Das System der sozialen Leistungen reicht einerseits weit in die Vergangenheit zurück und ist zum anderen Teil aus den Nöten zweier verlorener Kriege und ihren furchtbaren Folgen erwachsen. Zu den Grundtatbeständen, die immer wieder als die Risiken des menschlichen Daseins empfunden werden - Krankheit wie Unfall und deren mögliche Folge, die Invalidität, Alter und Tod -, ist der Verlust der schützenden Gemeinschaft und des bergenden Heimes getreten. Die Grundtatbestände Krankheit, Alter und Tod sind in den Staaten, die auf christlicher Lebensordnung beruhten, von jeher beachtet worden. Das Mittelalter und auch die Neuzeit kannten die Fürsorge für die Bedürftigen. Ihr haftete im Anfang in keiner Weise das Odium an, das die Armenpflege der späteren, nur rational bedingten Staaten umgab, weil in den Gemeinschaften, in denen das christliche Bewußtsein noch lebendig war, auch die Sorge für den notleidenden Bruder als selbstverständliche Pflicht galt. Das Schwinden dieser religiös begründeten Verantwortlichkeit und der Übergang der Fürsorge an einen Staat, der sich hier nur von der Vernunft her eine Aufgabe zugewiesen sah, bewirkten, daß dieser älteste Zweig des Sozialwesens, die Fürsorge, heute mit einem peinlichen Geruch der Zweitrangigkeit für die Betroffenen verbunden ist. Und wir sollten ehrlich genug sein, zuzugeben, daß das nicht nur beim Staat so ist.

Es muß als eine der sozialen Großtaten der deutschen Geschichte angesehen werden - und wir dürfen dies niemals vergessen -, daß in der Sozialgesetzgebung der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Fürsorgecharakter sozialer Hilfe weitgehend beseitigt und durch die Einführung des Versicherungsgedankens in das Sozialwesen für die, deren soziale Situation - sei es durch Krankheit oder Unfall, Alter oder Tod - Hilfe erfordert, ein Rechtsanspruch auf diese Hilfe geschaffen wurde. Die Hilfsbedürftigkeit der aus dem Arbeitsprozeß infolge Invalidität oder Alter Ausgeschiedenen wurde des Odiums, das das bisherige Wohlfahrtswesen mit sich brachte, entkleidet und der Leistungsempfänger in seiner menschlichen Würde unangetastet gelassen. Freilich bei der Bemessung dieser Hilfe konnte der Gesetzgeber damals noch von soziologisch intakten Tatbeständen ausgehen: Der Kranke und Alte hatte eine Familie, in der er sich in erster Linie geborgen wissen durfte. Beim Verlust des Ernährers war zumeist ein, wenn auch oft nur bescheidener Besitz vorhanden, der neben den Leistungen aus der Sozialversicherung - wie man den neuen Zweig nannte - und weithin vor ihnen half und schützte. Infolgedessen sind die gezahlten Renten, die sich aus dem Grundbetrag und den Steigerungsbeträgen ergeben - wobei der Grundbetrag weitgehend durch Staatszuschüsse gedeckt wird, die Steigerungsbeträge aber nach der individuell erbrachten Leistung berechnet werden -, nicht von solcher Höhe, daß sie für sich allein den Lebensunterhalt zu garantieren vermögen. (Wir sprechen hier von den Rentenversicherungen, die Krankenversicherung hat ihren besonderen Platz.)

Gegen diesen Sachverhalt vor allem richtet sich nun die Kritik; und sie tut das mit Recht, denn die soziologischen Verhältnisse haben sich gegenüber der damaligen Zeit grundsätzlich verändert. Das, was einst zusätzliche Hilfe war, ist heute weitgehend alleiniger Lebensunterhalt für den Gealterten und arbeitsunfähig Gewordenen, ja, darüber hinaus auch häufig noch für die nächste Generation, deren Ernährer ausgefallen ist.

Neben Fürsorgeleistung und Versicherungsleistung ist aber in unseren Tagen nach den Notwendigkeiten, wie sie sich als Folge der beiden Kriege ergaben, noch die Versorgungsleistung für die Kriegsoffer, die Heimatvertriebenen, die Heimkehrer und die rassisch und politisch Verfolgten getreten. Auch hier handelt es sich hinsichtlich der Grundtatbestände um die gleichen Risiken, die abzudecken sind. Jedoch dem Grunde ihrer Entstehung nach ist diese Gruppe gegenüber den vorigen in der sozialen Gesamtstruktur wieder völlig anders gelagert.

Den Hauptkreis der in einer Reform der sozialen Leistungen zu Berücksichtigenden bildet die Mittelgruppe, d.h. die Gruppe derer, die ihre existentielle Sicherung für den Fall der Arbeitsunfähigkeit - sei es infolge Frühinvalidität oder Alter - der Sozialversicherung anvertrauen. Ihre Zahl ist heute gegenüber dem Beginn des sozialen Versicherungswesens erheblich gewachsen. Waren 1895 22,7% der Bevölkerung als Direktversicherte in die gesetzliche Alters- und Invalidenversicherung einbezogen, so waren es 1953 41%. Sie haben sich einen Rechtsanspruch erworben, der ihnen die Rente garantiert.

Bei den beiden anderen Gruppen, also denen, die durch Fürsorge oder Versorgung erfaßt werden, handelt es sich um Hilfen, die ersatzweise von der Gesamtheit für den Ausfall der sonstigen Lebenssicherung gewährt werden müssen. Im Laufe der Jahre wird sich hier, zumindest was den Sektor der Versorgung angeht, ein Auslaufen der Maßnahmen von selbst ergeben. (Bei der Fürsorge wird allerdings mit einem bestimmten Prozentsatz immer zu rechnen sein.) Die gelegentlich aufgestellte Forderung, daß für diese Gruppen im Haushaltsplan die gleiche Größenordnung der Leistungen unabhängig von der Zahl der Versorgten enthalten bleiben müsse, mit anderen Worten: hier eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Art aufzumachen, daß man einen von den heutigen Notwendigkeiten aus errechneten Bedarf als unabänderlich bis zur Abwicklung auch des letzten Falles einsetzt, ist zweifellos nicht zu vertreten.

Hinsichtlich der Sozialversicherung sollten für die Reform drei Gesichtspunkte im Vordergrund stehen:

1. die Erhaltung und Stärkung des persönlichen Vorsorgewillens des einzelnen;
2. das Prinzip der Solidarität;
3. der Grundsatz, daß der Staat für Leistungen nur dort in Anspruch genommen wird, wo der einzelne zur Selbsthilfe nicht mehr in der Lage ist.

Die erste Forderung hat zur Voraussetzung, daß dem einzelnen ein möglichst großes Maß an Freiheit der Entscheidung über die Höhe der Sicherung für Alter bzw. Invalidität zugebilligt wird: Also keine Nivellierung durch eine Einheitsrente, sondern die Möglichkeit, durch entsprechende Beiträge für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit durch Alter oder Invalidität so vorzusorgen, daß ein sozialer Abstieg vermieden wird. Das Prinzip der Solidarität hängt eng mit dem der Subsidiarität zusammen: Wenn es auch selbstverständlich ist, daß die Gemeinschaft für den einzelnen dort einzutreten hat, wo seine eigenen Möglichkeiten erschöpft sind, so sollte doch - und das ist eben der Gedanke der Subsidiarität - diese staatliche Hilfe immer nur eine letzte Möglichkeit sein. Praktisch würde das bedeuten, daß, normalerweise auf ein Alter von 65 Jahren abgestellt, die gewünschte Rente zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen durch eigene Beiträge erworben sein sollte, daß aber die Garantie keines sozialen Abstiegs auch bei Frühinvalidität durch einen entsprechenden staatlichen Zuschuß gegeben sein müßte.

Kn.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag wird in unserer nächsten Ausgabe fortgesetzt. Es wird dann von der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung sowie den mit dem Gesamtkomplex der Sozialreform zusammenhängenden familienpolitischen Fragen zu reden sein. Naturgemäß können die einzelnen Fragenbereiche in einer solchen Übersicht nur angeschnitten werden. Wir werden jedoch bemüht sein, die verschiedenen Probleme in einer Reihe von weiteren Beiträgen in den kommenden Monaten erneut aufzugreifen und unseren Lesern ausführlicher darzustellen.

EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN

Trotz einer übergroßen Arbeitslast, die sich aus der Vielzahl seiner politischen wie kirchlichen Aufgaben und Bindungen ergab und deren Bewältigung selbst seine engsten Mitarbeiter immer wieder in Erstaunen versetzte, fand Hermann

E h l e r s noch die Zeit zu einem außergewöhnlich fruchtbaren publizistischen Wirken. Neben seinen laufenden Beiträgen in zahlreichen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern ließ er es sich nicht nehmen, Woche für Woche für das evangelische Sonntagsblatt seiner oldenburgischen Wahlheimat eine Zeitbetrachtung, den "Sonntagsspiegel", zu schreiben. Seit dem Wiedererscheinen des "Oldenburger Sonntagsblattes" im Frühjahr 1946 bis zu seinem Tode am 29. Oktober 1954 sind auf diese Weise 435 solcher "Sonntagsspiegel" entstanden.

Gerade in diesen Aufzeichnungen über die großen, bedeutsamen und die kleinen, alltäglichen Dinge unseres Lebens begegnen wir Hermann Ehlers, wie es typischer kaum möglich ist. Hier treten uns die ganze Vielseitigkeit und doch Geschlossenheit seines Wesens, der Reichtum seiner Begabung und seines Wissens vor Augen. Hier stoßen wir Seite um Seite auf die seltene Fähigkeit, in kritischer Klarheit und glänzendem Stil Tatbestände und Ereignisse stets ins rechte Licht zu rücken. Hier aber wird vor allem jenes ureigene Anliegen offenbar, das Hermann Ehlers zeit seines Lebens trieb: alle Bereiche unseres Seins dem christlichen Welt- und Menschenbild einzuordnen und auf die Mitte unseres Glaubens hinweisen zu lassen.

Es ist wohl kein Zufall, daß der K r e u z - V e r l a g, Stuttgart, unter der Herausgeberschaft von K a r l - H e i n z M e y e r, dem Schriftleiter des "Oldenburger Sonntagsblattes", gerade in diesen Tagen des Gedenkens unter dem Titel: "GEDANKEN ZUR ZEIT" (208 Seiten, Ganzleinen, DM 7.80) eine Auswahl aus den "Sonntagsspiegeln" von 1953/54 vorlegt, die in dem bewußt weitgespannten Bogen ihres Inhalts eine glückliche Hand und ein echtes Wissen um das, was Hermann Ehlers über unsere Tage hinaus den Menschen zu sagen hat, erkennen läßt. Mit diesem Buch, dem auch der Beitrag am Anfang dieser Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" entnommen ist, haben Herausgeber und Verlag unserem ganzen Volk einen guten Dienst getan.

H.S.

- Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet -

Um Übersendung eines Belegexemplares wird gegebenenfalls höflich gebeten.

NAHTLOSE ROHRE

Kesselrohre

20—108 mm ϕ aus legierten und unlegierten Stählen der Gütestufen I, II und III entsprechend den Bedingungen aller Klassifikationsgesellschaften

Siederohre 20—108 mm ϕ

Präzisionsstahlrohre 6—90 mm ϕ

Gewinderohre $\frac{1}{2}$ " — 4"

Rippenrohre

in Spiral- und Lamellen-Ausführung
in Eisen und Metall, schwarz, verzinkt und gelötet

Rippenrohr-Systeme und Glattrohrschlangen für Heizung, Kühlung, Trocknung

Rohrbogen

nahtlos von 28—318 mm ä. ϕ

Waggonpuffer / Bremsdreiecke / Kniewellen



u. sonstige Schmiede- u. Preßteile
für den Waggonbau, Bergbau,
Fahrzeugbau, Landmaschinenbau
usw. roh und fertig bearbeitet.

EISENWERK KRITZLER
WEIDENAU/SIEG

HERMANN EHLERS

Um dem Vaterland zu dienen

Reden und Aufsätze

176 S. mit 8 Bildtafeln, brosch. 4,20 DM

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln



SIEGENER AKT.-GES.

GEISWEID i. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten